



# HESSISCHER LANDTAG

10. 05. 2022

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der AfD

#### **Bürger entlasten, Inflation bekämpfen, sozialen Frieden in Hessen bewahren!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich auf Bundesebene für die zeitnahe Umsetzung eines umfassenden und wirksamen Entlastungspaketes einzusetzen, um Bürger und Unternehmen von den hohen Energiepreisen zu entlasten und preistreibende Zweitrundeneffekte zu dämpfen.

Dieses Maßnahmenpaket soll folgende Komponenten enthalten:

1. Abschaffung aller strompreiserhöhenden Umlagen, die auf politischen Entscheidungen beruhen und keinen direkten Bezug zur Versorgungssicherheit haben, zum nächstmöglichen Zeitpunkt und – analog der EEG-Umlage – deren Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen,
2. Senkung der Energiesteuern auf das EU-Minimum ([https://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation-1/excise-duties/excise-duty-energy\\_de](https://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation-1/excise-duties/excise-duty-energy_de)),
3. Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe,
4. Vorübergehende Absenkung der Umsatzsteuer auf Energieträger (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle und andere Heizstoffe).

#### **Begründung:**

Der massive Anstieg der Energiepreise ist nicht nur eine Folge des Krieges in der Ukraine – auch wenn dieser aus Sicht vieler Politiker eine bequeme Ausrede für folgenschweres Politikversagen ist.

Die deutschen Strompreise waren schon lange vor dem Krieg die höchsten der Welt und das ist maßgeblich der sogenannten „Energiewende“ geschuldet. Während die EEG-Umlage nun endlich abgeschafft wird und die Kosten der „Erneuerbaren“ richtigerweise aus dem Steueraufkommen getragen werden, sollte auch bei den „kleinen Umlagen“ (KWK-Umlage, Umlage nach § 19 der Strom-Netzentgeltverordnung, Offshore-Netzumlage, Umlage für abschaltbare Lasten) analog verfahren werden.

Hohe Preise für Energie belasten die Bürger direkt und führen mittelfristig zu steigenden Verbraucherpreisen, da Energie in allen Produkten und Dienstleistungen als Vorleistung enthalten ist. Die Import- und Erzeugerpreise haben sich jüngst um ca. 25 % erhöht und bestätigen damit diese gefährliche Entwicklung.

In Zeiten des Fachkräftemangels und der demografischen Katastrophe steigt die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale, da gut qualifizierte Arbeitnehmer eine gute Verhandlungsposition haben. Gering Qualifizierte und Niedriglohnempfänger haben diese nicht!

Da Geringverdiener und Transferempfänger immer am stärksten von Inflation betroffen sind, ist es nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine eminent sozialpolitische Verpflichtung des Staates, diese Bevölkerungsgruppen vor Inflation zu schützen oder zumindest die Auswirkungen zu dämpfen.

Da die EZB ihrem Mandat zur Erhaltung der Preisniveaustabilität aus politischen Gründen nicht nachkommt und die Geldpolitik nicht strafft, ist umso mehr die Bundesregierung gefordert, fiskalpolitisch zu handeln.

Die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages, des Grundfreibetrages und die Fernpendlerpauschale entfalten keine sofortige Wirkung. Weitere von der Bundesregierung vorgeschlagene Maßnahmen, wie Zuschüsse, erhöhen den Verwaltungsaufwand.

Daher ist die Senkung der indirekten Steuern der schnellere, einfachere und somit effektivere Weg, um Bürger und Unternehmen zu entlasten und weiteren Preissteigerungen entgegenzuwirken.

Auch wenn das Gegenargument des „Gießkanneneffekts“ genannt wird, also breiter Entlastung ohne Fokus auf sozial Schwache, überwiegen die Vorteile, da gerade Geringverdiener einen hohen Anteil ihres Einkommens für indirekte Steuern aufwenden müssen.

Die langfristige Gegenfinanzierung dieser Steuerentlastungen muss durch Einsparungen auf der Ausgabenseite erbracht werden. Deutschland hatte in den Jahren 2018 und 2019 die höchste Steuerquote seit Gründung der Bundesrepublik – es gibt also kein Einnahmenproblem.

Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag hat in den Haushaltsberatungen mehrfach gezeigt, dass ausgeglichene Haushalte und zusätzliche Investitionen in bestimmten Schlüsselbereichen sehr wohl möglich sind. Voraussetzung ist Ausgabenkritik ohne ideologische Scheuklappen und das Ende einer parteipolitisch motivierten Klientelpolitik mit Steuerzahlergeld.

Die wirtschaftliche Lage macht es erforderlich, die hessische Bevölkerung und Wirtschaft zeitnah mit einem umfassenden und wirksamen Entlastungspaket vor hohen Energiekosten, Zweitrundeeffekten und einer durch die Preis-Lohn-Spirale weiter ansteigenden Inflation zu schützen. Die bisher versprochenen Maßnahmen der Bundesregierung werden nicht ausreichen.

Wiesbaden, 10. Mai 2022

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Robert Lambrou**